

# Das badische Eigen 60 Jahre nach der Fusion

Paul-Ludwig Weinacht

Die Wiederherstellung Badens und die Bildung eines Südweststaats sind Projekte der Besatzungszeit. Sie nahmen Gestalt an, als die Westmächte im 1948 »ihren« Ministerpräsidenten die Aufgabe stellten, die für Besatzungszwecke zusammengeschusterten Ländchen in Länder zu verwandeln, die geeignet wären, dem geplanten Weststaat, also der späteren Bundesrepublik, ein nützlicher Unterbau zu sein. Weil sie dabei Rufer in der Wüste waren, regten sie an, eine entsprechende nachholende Möglichkeit im Grundgesetz vorzusehen. Daraus wurde Art. 29 GG. Ein weiteres Fenster öffneten württembergische Vertreter im Parlamentarischen Rat: Artikel 118 GG sollte – unabhängig von Art. 29 GG und unter der Voraussetzung, dass die Hohen Kommissare es erlaubten – zu einer vorgezogenen, auf den Südwesten beschränkten Neugliederung führen können.

Die westdeutschen Ministerpräsidenten hatten es von Anfang an akzeptiert, dass ihre Kollegen im Südwesten den Neugliederungsweg allein beschritten. War doch nicht zu übersehen, dass es den Maier, Müller und Wohleb ernster war mit der Neugliederung als ihnen selbst. Freilich achteten sie sorgfältig darauf, dass sich deren Pläne auf Gebiete beschränkten, die im vormaligen Baden und vormaligen Württemberg lagen, dass also keine bayerischen, hessischen oder pfälzischen Gebiete betroffen wären. Weniger beachtlich erschien es ihnen, dass die südwestdeutschen Kollegen unter sich uneins waren. Die Neugliederungs-Verhandlungen, die im

Sommer 1948 begannen, begleiteten sie mit untätiger Sympathie. Als ein gemeinsamer Plan scheiterte, legten sie – entsprechend dem Art. 118 GG – im Zusammenwirken mit den Bundestagsparteien selbst mit Hand an. Ungeachtet badischer Einreden unterstützten sie wiederum die »große Lösung« der Württemberger. Aber warum Südweststaat und warum nicht die Traditionsländer?

Es gab in Bonn Abgeordnete und Journalisten, die Traditionsländer ablehnten und sie – bezogen auf den ruhmreichen deutschen Südwesten – als Kleinstaaterei diskreditierten. Die »Bereinigung« der Gebietskarte war für sie in jedem Fall ein Fortschritt. Einige mochten es badischen Politikern auch nicht zutrauen, dass sie Interessen Frankreichs wirkungsvoll entgegenträten, wenn deutsche Interessen gefährdet seien. Die Mehrheitspartei CDU im Bundestag war in der Frage gespalten, da in Südwürttemberg wie in Südbaden dieselbe christliche Partei an der Regierung war, aber in der Neugliederungsfrage unterschiedliche Ziele verfolgte. Adenauer ging es um die Mehrheit im Bundesrat, und da waren die bestehenden Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern allemal nützlicher als ein parteimäßig unsicherer Südweststaat. Die erste Regierungsbildung unter Reinhold Maier gab ihm denn auch vorübergehend recht: Der DVP/FDP-Mann hielt die stärkste Fraktion – die CDU – aus seiner Regierung heraus und bildete mit dem Rest der Parteien der verfassunggebenden Versammlung eine Bonn-kritische Koalition.

Während die Wähler in Württemberg einen Südweststaat ganz undramatisch fanden: er wirkte auf sie wie eine angenehme Ergänzung des Besitzstandes, war er für die Badener in Nord und Süd eine heikle Sache: Die Nordbadener, lange Zeit prominent vertreten durch Heinrich Köhler, saßen zwischen zwei Feuern: zum einen zwischen den ungeliebten Franzosen und »ihren Amerikanern«, zum andern zwischen Schwaben und »ihren badischen Landsleuten«. Die Lösung bestand für sie in einem föderalen Südweststaat mit starken landsmannschaftlichen Selbstverwaltungs-Garantien. Wir finden davon einen letzten Rest in den vier Regierungspräsidien. In Südbaden wollte man den Löffel keinesfalls an die Schwaben abgeben – wohl aber an Karlsruhe, die ehemalige Residenz. Der Verfassungsgeber in Freiburg hatte feierlich »das badische Volk als Treuhänder der alten badischen Überlieferung« beschworen (Präambel der Verfassung vom Mai 1947)! Staatspräsident Wohleb versuchte, solange er politisch wirken konnte, einen Weg zu öffnen, der den südwestdeutschen Neugliederungsprozeß nicht einseitig auf den Zusammenschluß mit Württemberg festlegte, sondern auch die Wiederherstellung Badens offen ließ. Man weiß, wie die Sache ausging.

Wenn man in Baden den Südweststaat ablehnte, dann aus einem plebiszitären Argument, das freilich auch auf Regierungsebene ausschlaggebend sein kann: Die Zahl der Württemberger zu der der Badener verhält sich nun einmal wie 3 : 2. Noch Ende der 60er Jahre gaben in Württemberg 3,2 Millionen, in Baden 2,4 Millionen Wähler ihre Stimmen ab. Das mußte über die Zahl der Stimmkreise und der Abgeordneten auf die Regierungsbeteiligung durchschlagen. Doch wie? Inzwischen kennen wir die Zahlen und sie lassen sich statistisch darstellen, wenn man den

Wahlkreis der Minister mit seiner Amtszeit in der Regierung in Beziehung setzt. Für die ersten drei Wahlperioden konnten wir beobachten, daß der badische Anteil unter 30% lag. In der 4. und 5. Wahlperiode besserte er sich auf 46 Prozent, bis 2011 sank er auf die Entsprechung zur Wahlbevölkerung: etwa 36%. Ein Blick auf die vier wichtigsten Ministerien (Finanz, Inneres, Kultus, Wirtschaft) bestätigt das Auf und Ab: in der Zeit von 1952 bis 1964 dominierten württembergische Minister, zwischen 1964 und 1976, also in der Kiesinger und Filbinger-Ära, kamen die Badener stärker zum Zug, 1976 normalisierte sich ihr Anteil wieder.

Ist die »badische Frage« damit erledigt? Bis 1970, also bis zur wiederholten Volksabstimmung über den Fortbestand des Landes, hatte man viel getan und einiges unterlassen, um badisches Wohlbefinden zu gewinnen und badische Empfindlichkeiten zu schonen. Die Regierung förderte den staatlichen Hochbau besonders im badischen Landesteil – man denke an die Neugründung von Pädagogischen Hochschulen und insbesondere die Universitäten in Konstanz und Mannheim! Und sie besetzte das südbadische Regierungspräsidium nicht aus dem Staatsministerium, sondern mit Männern, die als Anwälte der Region auftreten konnten. Nach 1970 machte eine Große Koalition jedoch mit der Verwaltungsreform ernst und ging ans Eingemachte! Indem westlich und östlich der alten Grenze badische und württembergische Städte und Gemeinden in neue Bezirke versetzt wurden, verschwand der »badische Stiefel« von der Verwaltungskarte. Nicht ohne Bedauern blieben der Verlust des gewohnten Kreissitzes und des vertrauten »Autokennzeichens«. Die Gerichts- und Notariatsbezirke blieben zunächst jedoch erhalten. An den alten Gebietsbestand erinnern heute die Erzdiözese

Freiburg und der Evangelischen Landeskirche, auch Vereine wie der Badische Sportbund Nord bzw. Freiburg oder der Badische Weinbauverband, in dem Winzer vom See bis zum Main organisiert sind und den »Badischen Winzer« lesen können. Noch immer erschallen auch in den Fußballstadien des Freiburger SC oder des KSC das Badenerlied, gelegentlich mitsamt so genannter Schwabenstrophen. Die Abgrenzung der Landsmannschaften funktioniert also noch, mögen sich auch manche Politiker in Stuttgart den Bindestrich im Landesnamen wegwünschen.

Eine große Freiburger Zeitung hat am Tag nach der Abstimmung vom 7. Juni 1970 die Anhänger der unterlegenen Option dazu ermahnt, »jenes badische Element überall (zu) bleiben, das darüber wacht, daß ihre so geliebte badische Heimat im neuen Bundesland auch in Zukunft nicht zu kurz kommt.« Die Mahnung ist besonders in der alten badischen Residenzstadt Karlsruhe auf fruchtbaren Boden gefallen. Man vergleicht sich dort als ehemalige badische Residenzstadt mit Stuttgart als neuer Hauptstadt und hat viel Grund, sich über Schlechterstellung zu beklagen: die Neue Messe habe nur einen Bruchteil der Förderung, die das Land für die »Landesmesse« in Stuttgart ausbebe, nicht anders der ÖPNV, die Museen, die Sportstätten. Freiburg hält sich beim Vergleich mit Stuttgart zurück, doch hält die neugeschaffene »Badenmesse« sehr wohl mit den anderen Regionalmessen mit, und man kreuzte ungeniert innerbadisch die Klingel, um den Sitz der Oberforstdirektion zu erhalten, der von Karlsruhe nach Freiburg umgesetzt wurde, oder um die Oberfinanzdirektion nicht zu verlieren, deren Steuerabteilungen schließlich in die andere Richtung wanderten.

Von »badischer Solidarität« wollte angesichts dieser Ereignisse der vormalige Karls-

ruher Oberbürgermeister Sailer nicht mehr sprechen. Tatsächlich ist sich heute jede Region selbst am nächsten, und auch die Regierungspräsidien in Karlsruhe und in Freiburg sind nicht badisch geschwisterlich verbunden: Man denke an die Konkurrenz um die Landesmittel, um zentrale Einrichtungen, um Regionalflughäfen, Hochschulstandorte usw. Erst der Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplanes hat die Oberrheinschiene wieder zusammengebracht: in gemeinsamer Abwehr gegen eine Überbetonung der Region Mittlerer Neckar als »europäische Metropolregion«. Die von Karlsruhe aus agierende »Landesvereinigung Baden in Europa« schlug zunächst vor, statt einer einzigen Metropolregion verschiedene »Achsen« auszuweisen, darunter die Städtelandschaft am Rhein von Mannheim bis Basel. Die Regierungsfaktionen im Landtag sind dabei, den Planentwurf des Wirtschaftsministeriums nachzubessern. Heute gibt es die Trinationale Metropolregion Oberrhein, die aus Freiburg und aus Karlsruhe unterstützt wird.

Badische Solidarität benötigt Institutionen, ein Forum, um gemeinsame Aufgaben zu bearbeiten. Man hat unter CDU-Regierung badische Einrichtungen mit württembergischen fusioniert so wie das mit dem Badenwerk, dem Südwestfunk, dem Badischen Sparkassenverband, dem Landeswohlfahrtsverband Baden geschehen ist. Warum sollte der, nur weil er öffentlichen Rechtes war, seine Selbständigkeit nicht gerade so behalten dürfen wie der Badische Winzergenossenschaft oder der Badische Sportbund in seinen Teilverbänden Freiburg und Karlsruhe? Ein Forum für Baden ist nicht deshalb überflüssig, weil das Land von Stuttgart aus ordentlich regiert wurde. Wichtig sind Träger öffentlicher Interessen an der Grenze selbst: die Oberrheinkonferenz, der Oberrheinrat und vor allem

die Regierungspräsidien in Freiburg und in Karlsruhe. Werden die nun von einer Grünen-SPD-Regierung beseitigt werden, nachdem man die Behördenchefs gerade frisch in den Farben der neuen Koalition berufen hat? Es geht hier nicht um ein Zuviel an Beamten-schaft, denn die Effizienz der Regierungspräsidien steht außer Frage, zumal sie für die Lebens- und Wirtschaftsfragen im Dreiecksland und am Mittleren Oberrhein große Bedeutung gewonnen haben. Von Freiburg her werden in erprobter Tradition die Beziehungen ins Oberelsass gepflegt, werden Ausbildungszentren und Zeugnisse abgeglichen, wird »die Sprache des Nachbarn« schon in Grundschule unterrichtet – ein nicht zu übersehender Beitrag zur Bürgerkultur und zum Wirtschaftsstandort auf beiden Ufern des Oberrheins.

Wenn sie nach Stuttgart kommen, müssen die badischen Abgeordneten ihren württembergischen Landtagskollegen oft erst klar-machen, was es heißt, mit dem Gesicht nach Westen zu leben. Das »Badische« von heute versteht sich weniger als dies vor 60 Jahren der Fall aus seiner Abgrenzung gegen das »Schwäbische« und mehr im Interesse eines zusammenwachsenden Oberrheinraumes. Wir Badener dürfen »unser Eigen« daher auch politisch selbstbewusst vertreten. Denn wir leisten im Europa der Regionen dem Land wichtige Dienste. Baden-Württemberg ist ein gelungenes Land, sofern es ihm gelingt, seine regionalen Profile zu schützen und ihnen die

Voraussetzungen dafür zu geben, dass sie sich auch in schwieriger Zeit wohlbedacht fortent-wickeln können.

#### **Regierungspräsidenten Feiburg:**

Dr. Paul Wäldin (1952–57),  
Anton Dichtel (1957–67),  
Dr. Hermann Person (1967–79),  
Dr. Norbert Nothelfer (1979–91),  
Dr. Conrad Schroeder (1991–98),  
Dr. Sven von Ungern-Sternberg (1998–2007),  
Julian Württenberger (2008–12),  
Bärbel Schäfer (seit 2012)

#### **Regierungspräsidenten Karlsruhe:**

Dr. Hans Huber (1952–63),  
Dr. Werner Munzinger (1963–74),  
Dr. Trudpert Müller (1975–85),  
Dr. Adolf Bieringer (1986–88),  
Dr. Karl Miltner (1988–94),  
Dr. Gerlinde Hämmerle (1994–2005),  
Rudolf Kühner (2005–2012),  
Nicolette Kressl (ab Juni 2012).



Anschrift des Autors:  
Prof. Dr.  
Paul Ludwig Weinacht  
Rosstraße 27  
97261 Güntersleben

### **Zwischen falschen Verallgemeinerungen und trivialen Gemeinplätzen**

»Jeder Versuch, die Bevölkerung einer Region zu charakterisieren, bleibt eine Grat-wanderung zwischen falschen Verallgemeinerungen und trivialen Gemeinplätzen.«

*Wolfgang Hug, Brauchtum und Volkskultur in: Südbaden, 1992, Seite 259*